

Bremer Rundschau



Zeitung der Deutschen Kommunistischen Partei | Bremen
48. Jahrgang Nr. 3 August 2025

Bildungsmisere erwartungsgemäß auch im neuen Schuljahr

Bei der dritten und letzten Runde des Treffens von Politik, Wirtschaft und Schulvertretern ging es vor allem um Schulbau und Personalgewinnung.

Bremens Bildungssenatorin Sascha Aulepp (SPD) erklärte, das Ergebnis des dritten Runden Tisches sei ein breites Bekenntnis für die Bremer Bildung. Konkrete Lösungen, wie mehr Klassenräume mit kleineren Klassen geschaffen oder mehr Lehrkräfte an die Schulen gebracht werden können, gab es aber nicht, ebenso wie den angekündigten Fünf-Jahresplan für die Standortplanung von Schulen.

Dem Vertreter der Bremer Gesamtschülervertretung Elias Meine reichte das nicht. Er meinte sichtlich resigniert: "Wir haben jetzt im Prinzip Probleme gebündelt und Lösungsvorschläge gesammelt – das sind Sachen, die waren schon vor Jahren da. Uns bleibt nichts anderes übrig, als zu hoffen, dass sie diese Möglichkeiten ergreifen."

Bremens vorherige runde Tische enden ebenfalls ohne konkrete Ergebnisse. Aulepp hatte nach dem ersten Termin im Januar erklärt, dass gerade für den Bau und die Sanierung der Schulen Kosten von zwei Milliarden Euro auf Bremen zukommen. Ganz verschwommen wurde es dann bei der Finanzierung: *Um das Geld zu erhalten, müsste Bremen beispielsweise Kredite aufnehmen, private Investoren ins Boot holen oder der Bund müsse mit dem geplanten Sondervermögen einspringen.*

Bremens verschiedene Schularten sind erstarrt und liegen weit hinter den Lebensbedingungen heutiger Jugendlicher zurück. Über 10% Schulabbrecher jedes Jahr, damit führt Bremen eine weitere Liste im Bundesländervergleich seit Jahren an. Der Anstieg dieser Quote lässt sich einerseits auf den Zuwanderungseffekt zurückführen, andererseits konnten Schüler überwiegend aufgrund des Lehrermangels und überfüllter Klassen nicht an den Schulen gehalten werden.



Sie verlassen diese oft ohne einen Abschluss in Richtung berufsbildender Schule, um dort ihren Bildungsweg fortzusetzen. Dazu kommt, dass frühere Ansprüche wie die Gleichgewichtung von sozialem und fachlichem Lernen, Fördern statt Auslesen zugunsten der Fachleistungen ausgehöhlt wurden.

Fortsetzung Seite 3

**Roter
Kommentator
meint:**

Sie planen nicht nur die Rückkehr der Praxisgebühr

Billionenstarke Kriegsvorbereitung geht massiv zu Lasten der Daseinsvorsorge

Das geplante Berliner Sparprogramm ist ein brutaler Schlag gegen die Arbeiterklasse. Und es ist zugleich die Stunde der Wahrheit. Die Fassade des „Sozialstaats“ bröckelt schwindelerregend und zum Vorschein kommt ein Staat, der rücksichtslos die Interessen des Monopolkapitals gegen die arbeitende Bevölkerung durchsetzt.

Diese Bundesregierung, die die aktuellen Finanzpläne vorlegt, hat noch mehr Menschenverachtung an den Tag gelegt, als die vorherige Ampel-Regierung. Die neue Koalition aus CDU/CSU und SPD verabreicht den Bürgern die Kürzungspläne gleich in vollen Dosen, statt wie bisher in kleinen Portionen nach und nach. Sie tun es aus dem Bewusstsein heraus, dass den Bürgern schon jetzt mehr an Kürzungen zugemutet werden muss. Herhalten muss die schlechte Haushaltslage und die Billionenverschuldung für ihre Kriegstüchtigkeit. Darüber täuschen auch die sehr kleinen und kurzfristigen ökonomischen Zugeständnisse nach Regierungsbeginn nicht hinweg, die eh gleich wieder von der Teuerung

aufgefressen wurden.

Jetzt, mit den permanenten Krisen wird das „Netz der sozialen Sicherheit“ immer mehr zusammengestrichen. Die gesetzmäßige Entwicklung des Kapitalismus tritt immer deutlicher hervor: **zur Krise und zum Krieg**. Viele Kolleginnen und Kollegen sehen noch nicht was auf sie zukommen wird und dass der Kapitalismus das Grundübel ist! Die herrschende Kapitalistenklasse hat es nach wie vor geschafft, dass in den Betrieben noch weitgehend Lähmung herrscht und die Wut ohnmächtig bleibt. Noch bauen sie darauf, dass die Wut ohnmächtig verpufft.



Wir Kommunisten aber wollen, dass diese Wut zur Erkenntnis der gesellschaftlichen Zusammenhänge und zum organisierten Kampf dagegen führt. Deshalb orientieren wir: Organisiert euch in den Gewerkschaften, der Friedensbewegung, in der sozialistischen Jugendorganisation SDAJ oder in der kommunistischen Partei, der DKP. ★ Red.

Löcher im Netz des „Reform“betrugs

Bundshaushalt: 2027: 22 Milliarden | 2028: 56 Milliarden Euro

Die gesetzlichen Krankenkassen: Rekorddefizit von 12 Milliarden Euro. Vor diesem Hintergrund werden wie üblich in diesem Land, Beitragserhöhungen, Leistungskürzungen und Zusatzgebühren diskutiert. **Die Rede** ist von einem Anstieg der Krankenkassenbeiträge auf 18,3 Prozent des Bruttolohns bis 2028, Wiedereinführung der Praxisgebühr und der Streichung von Zahnbehandlungen aus dem Leistungskatalog der Gesetzlichen Krankenkassen. Den Versicherten wird empfohlen, dafür eine private Zahnzusatzversicherung abzuschließen. Das Einsparpotenzial liegt laut den Berechnungen eines gewissen Professor Christian Hagist von der privaten Universität WHU bei 17,6 Milliarden Euro. Die Wiedereinführung der früheren Praxisgebühr, die Pressemeldungen zufolge nun "Kontaktgebühr" heißen und sich auf 15,00 Euro pro Arztbesuch belaufen soll (vor ihrer Abschaffung auf 10,00 Euro im Quartal). Auch dieser Vorschlag stammt von Hagist und könnte ihm zufolge 15 Milliarden Euro einbringen. Erhöht werden soll die Zuzahlung im Krankenhaus – von 10,00 Euro auf 50,00 Euro pro Tag stationärer Behandlung. Das würde nach Berechnungen des Gesundheits-Ökonomen Günter Neubauer 3 Milliarden Euro einbringen. ◆

Red.

Fortsetzung von Seite 1 Bildungsmisere ...

Wenn die Schule angemessen auf die gewandelten Sozialisationsbedingungen reagieren will, dann wird dies in der derzeit vorherrschenden Unterrichtsorganisation mit ihren starren Zeitrhythmen von Stundenplan und Fächerkanon und ihren traditionellen Bildungsverständnis nicht zu bewältigen sein. Gerade heute in unserer Zeit wo Ängste, psychische Störungen oder Gewalt rasant an den Schulen zunehmen, benötigt Schule mehr Zeit für pädagogisches Handeln – für komplexe und offene Lernprozesse, Möglichkeiten der Lernförderung und einer sozialpädagogischen orientierten Ausgestaltung des Schullebens, indem alle Kinder integriert sind und nach ihren Bedürfnissen und Fähigkeiten lernen können. Das erfordert eine gute personelle Ausstattung, kleinere Klassen und Assistenzen für Kinder mit Handicap.

Das steht natürlich im Widerspruch zur gängigen Praxis wo Schulen umso weniger Orte zum Lernen sind, je mehr sie auf abrufbares Wissen getrimmt werden. Prüfungen dienen der Selektion und dazu, unmündige Menschen zu erziehen, die Lernstoff auswendig lernen, anstatt ihn wirklich zu begreifen.

Das Recht auf Bildung für alle Kinder und Jugendlichen ist nicht in einem Bildungssystem zu verwirklichen, dessen Grundstruktur in der Aussonderung besteht. Die aggressive und konsequente Verschärfung der Spaltung der Gesellschaft und die sich rasant verstärkende Ungleichheit im Bereich von Schule und Erziehung hängen miteinander zusammen.

Die Ausgrenzung von und die Gewöhnung an ein Millionenheer von Arbeitslosen, die in unserem kapitalistischen Wirtschaftssystem nicht mehr benötigt werden, wird vorbereitet durch die Produktion von jährlich Hunderten erfolgloser Gescheiterter in unseren Bremer Schulen. Viele fragen sich, wie das passieren konnte.

Ex-Kanzler Scholz talke dazu belehrend im letzten Jahr: „Wir müssen uns natürlich vorbereiten zum Beispiel auf eine Situation von Lehrermangel. Das, glaube ich, haben viele noch nicht vorhergesehen“.

So sieht Bildungspolitik in der reaktionären deutschen Zeitenwende aus: Selektion und soziale Spaltung werden nicht verhindert, das Gymnasium bleibt für die Reichen und die anderen verbleibenden Schulen sammeln alle anderen, viele später als Kanonenfutter für den Fleischwolf Bundeswehr.



Doch dagegen regt sich Widerstand. Anfang Juli 2025 fand in Frankfurt am Main die große Konferenz „Wehrpflicht? Ohne uns!“ statt, zu der das Bündnis „Nein zur Wehrpflicht!“ zusammen mit der Initiative „Nie wieder Krieg – die Waffen nieder“ eingeladen hatte. „Zwangsdienst und Ausbildung zum Töten ist mit uns nicht zu machen“ war das klare Resümee der Teilnehmenden, die zum Abschluss zur massenhaften Beteiligung an der bundesweiten Demonstration gegen Hochrüstung und Militarisierung am 3. Oktober in Berlin aufriefen. ♦ M.H.

Schulspeisung damals und heute



Ende des 19. Jahrhunderts begannen Wohlfahrtsvereine, die Kinderspei-

sung als soziale Aufgabe zu betrachten, um „Kinder der Armen“ zu versorgen. Nach Ende des Zweiten Weltkriegs ging es darum, die größte Mangelernährung zu bekämpfen.

1945 hatte die sowjetische Militäradministration Tagesrationen für Nahrungsmittel festgesetzt.

1946 führten die Briten in ihrer Zone die Verpflegung der Schüler durch.

1947 empfahl Ex-US-Präsident Herbert C. Hoover, Kinder und Jugendliche in der Bizone täglich mit einer Mahlzeit zu versorgen.

In der **Bundesrepublik Deutschland (BRD)** sah es so aus, dass die Schulspeisung bis etwa 1950/51 dauerte. Diskussionen um die ganztägige Schulerziehung inklusive Verpflegung blieben ohne große Ergebnisse. Die Pausenversorgung mit Milch und Süßigkeiten lag in den Händen der Hausmeister, die damit ihre spärlichen Finanzen aufbesserten. Schulverpflegung fand nicht statt:

Die Mütter kochten zu Hause für ihre Kinder. Eine kostenpflichtige Vollverpflegung mit einer warmen Mittagsmahlzeit fand erst mit dem Ausbau der Ganztagschule eine nennenswerte Verbreitung.

Seit Gründung der **Deutschen Demokratischen Republik (DDR)** hatte jedes Kind im schulfähigen Alter ein Anrecht auf Schulesen. Der Staat stellte die entsprechenden finanziellen Mittel zur Verfügung. Bereits 1950 hatte der Minister für Handel und Versorgung in der DDR eine Anordnung zur Schulspeisung erlassen. 1965 beschloss der Ministerrat der DDR die Verordnung über die Schul- und Kinderspeisung.

Sie sah je Teilnehmer 40 Gramm Fleisch oder Fleischwaren, 250 Gramm Obst und Gemüse und 50 Gramm Trinkvollmilch vor. Ende der 80er Jahre nahmen nahezu 86 Prozent der Schüler in der DDR an der Schülerspeisung teil.

Im Jahr 1989 bekamen ganz offiziell fast 90% Prozent aller Schüler in der DDR täglich ein warmes Mittagessen in der Schule. Das bestand aus Hauptspeise mit Nachschlag, Dessert/Obst und Milch. Und: Es war übrigens (fast) gratis.

Und heute im Kapitalismus? Nur rund drei Millionen von über acht Millionen Schülerinnen und Schülern nehmen an dieser oder jener Form der Schulverpflegung teil. Über zwei Drittel der Kinder unter 14 Jahre kommen nicht in den Genuss eines warmen Mittagessens.

Ab 2026 gilt nun in der BRD ein Rechtsanspruch auf ganztägige Betreuung in der Grundschule. Ein Rechtsanspruch auf ein kostenfreies Mittagessen besteht nicht, trotz zahlreicher Forderungen aus der Gesellschaft. Dies sollte zu einem Grundrecht für alle Kinder erklärt werden, denn täglich kommen drei Millionen Kinder ohne Frühstück zur Schule und über fünf Millionen leben unterhalb der Armutsgrenze.

Mit 55 Pfennig (!) pro Mahlzeit bekamen alle Kinder der DDR eine durchweg ausgewogene, kräftige warme Mahlzeit — ihre komplette Schulzeit hindurch und täglich. Kinderreiche Familien bekamen die Schulspeisung sogar gratis. Ebenso ihre Schulmilch und vieles mehr.

Bremen: Ab August 2025 erhöhen sich die Gebühren für das Mittagessen an gebundenen Ganztagsgrundschulen und an offenen Ganztagsgrundschulen um 28,57 Prozent auf 45 Euro bzw. auf 60 Euro pro Monat. ♦ M.P / M.H.

Panzer statt Pendler. Die Bahn kommt – nur nicht für alle. Für Reisende und Pendler gehören Zugausfälle, Verspätungen, steigende Preise und dreckige Waggons zum Alltag. Bahnbeschäftigte resignieren, weil die Abläufe für den Betrieb nicht mehr funktionieren und sie zum Prellbock für den Unmut der Reisenden werden. Gleichzeitig rollt die Bahn den roten Teppich für die Bundeswehr über das deutsche Schienennetz. Das Sondervermögen von 500 Milliarden ist offiziell für Digitalisierung, Verkehr und Bildung vorgesehen. Doch wer genauer hinsieht, erkennt: Dieses Geld dient vor allem dem Kriegskurs. Die Bahn wird fit gemacht für die NATO.

Martin Tanner



Arbeitslosenheer. Inzwischen werden jedoch auch in bürgerlichen Redaktionsstuben Zweifel an der Geschichte vom „Jobmotor Rüstungsindustrie“ laut: So titelte beispielsweise Springers „Welt“ in der vergangenen Woche: „Die Deindustrialisierung schreitet voran – trotz des deutschen Rüstungsbooms“. Tatsächlich fehlt auf dem Arbeitsmarkt von den versprochenen Beschäftigungseffekten infolge der Aufrüstung jede Spur. Im Juni ist die Zahl der Arbeitslosen – trotz der vielbeschworenen Frühjahrsbelebung – lediglich um 5.000 auf 2,914 Millionen Personen gesunken. Das sind 188.000 mehr als im Juni 2024 und im Langzeitvergleich zwischen Mai 2022 und Juni 2025 hat sich die Zahl der Arbeitslosen sogar um mehr als 650.000 erhöht, was einem Zuwachs von mehr als 25 Prozent entspricht.

Horst Clements

Stillstand, ja sogar Rückgang der Produktion und Vernichtung von Produktivkräften charakterisiert den Fäulnisprozess des deutschen Kapitalismus. Die Staatskassen werden vom Monopolkapital auf frechste Weise geplündert.

Wilhelm Pieck, 1933



Militär in der Markenwelt. Die Bundeswehr inszeniert sich als sogenannter moderner Arbeitgeber – mit Influencern, Events und Instagram-Ästhetik. Doch hinter dem Hochglanz steht ein anderer Auftrag: Die Bundeswehr ist nicht irgendein Ausbildungsbetrieb, sondern das bewaffnete Organ des Staates. Sie führt Krieg – und wird geführt von den Interessen des Kapitals. Der Weg zur Uniform beginnt nicht im Bewerbungsgespräch, sondern im Einwohnermeldeamt. Jedes Jahr übermitteln Kommunen automatisch Daten von Jugendlichen an die Bundeswehr – ganz legal nach §36 Bundesmeldegesetz. So landeten 2025 rund 600.000 personalisierte Werbekarten im ganzen Land, viele davon in Bremen. Doch es gibt Widerstand. Die DKP ruft alle Jugendlichen und Familien auf: Legt Widerspruch ein! Das geht fast **n o c h** überall online über die offiziellen Einwohnermeldeämter. Wer widerspricht, verhindert, dass seine Daten zum Ziel militärischer Werbung werden. Martin Tanner

Ein paar Gedanken in Erinnerung an einen Bremerhavener Pazifisten

Ein Zeitzeuge dieser Bombenangriffe Bremerhavens war Hugo Spohler (1927-2008). Er erlebte diesen Tag im heutigen Stadtteil Geestemünde (etwa 75% zerstört). Dieses Ereignis prägte seine Einstellung hin zu pazifistischem und humanistischem Denken. Sein Engagement in der Bremerhavener Ortsgruppe der Deutschen Friedensgesellschaft – Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen (DFG-VK) half vielen Schulabgängern bei der Kriegsdienstverweigerung. Als Leserbriefschreiber machte er sein Anliegen als Kriegsgeg-



Bremerhavener Innenstadt nach den Bombardements am 18.09.1944.

ner einer breiten Öffentlichkeit bekannt (Nordsee Zeitung, taz, Der Spiegel).

Daher gibt es einen Auszug aus einem Leserbrief über die Gefahren einer Rüstungsspirale. Es handelt sich um Gedanken aus der Zeit des Kalten Krieges im Rahmen des NATO-Doppelbeschlusses (1979-1984). Viele der damaligen Gedanken weisen aktuelle Bezüge in einem neuen Zusammenhang auf:

„(...) Da wird den Völkern irgendetwas als Notwendigkeit von Rüstung aufgeschwatzt (...) die Menschen fallen darauf

Menschen fallen darauf rein, sagen ja zur Rüstung – und dann entwickelt diese eine von den Völkern kaum noch zu kontrollierende Eigendynamik, jetzt in Folge technischer Perfektion bis hin zur Möglichkeit der allumfassenden Tötung. Die einzige wirklich große, lebensbedrohende Verrücktheit ist das promilitärische Denken und der Vernichtungsapparat selbst: das Militär. In seiner Überwindung und in der Verweigerung seiner Ansprüche allgemein und im Einzelnen liegt unsere Chance.“ (Erschienen im Spiegel am 25.10.1981) / JS



Unsere Zeit Sozialistische Wochenzeitung der DKP

6 Wochen kostenlos Probelesen

Unsere Zeit (UZ), Zeitung der Deutschen Kommunistischen Partei (DKP), ist die einzige marxistische Wochenzeitung in unserem Land.

Gute Gründe, die UZ kennen zu lernen: 6 Wochen kostenlos lesen. Das Probeabo endet automatisch.

Weitere Informationen: CommPress Verlag GmbH, Hoffnungstraße 18, 45127 Essen, www.unsere-zeit.de

Kampagnen-Hotline Tabea Becker / Tobias Niemann: Telefon 0201 17788930, kampagne@unsere-zeit.de

Impressum

BREMER RUNDSCHAU – DKP Bremen | V.i.S.d.P. Gerd-Rolf Rosenberger, Bremen

Kontakt: dkp-bremen@gmx.de | <https://bremen.dkp.de/>

Arbeiterkinder raus aus den Unis! – So sollte der Slogan in Deutschland lauten

Studieren ist zunehmend vom Geldbeutel der Eltern abhängig, weil staatliche Leistungen Lebenshaltungskosten nicht mehr decken. Das Gros der Studenten lebt weit unter der Armutsgrenze.

Bildung für alle: Mit diesem Slogan öffneten die Verkünder der "sozialen Marktwirtschaft" vor ein paar Jahrzehnten die Universitäten für Arbeiterkinder, weil ein Mangel an höher qualifizierten Arbeitskräften bestand. Ein Studium dürfe nicht am Geldbeutel der Eltern hängen, so das Versprechen. Längst kann davon aber keine Rede mehr sein. Heute müssen sich junge Leute ein Studium in Deutschland wieder leisten können – oder besser: deren Familien. Das belegen neue Daten des Statistischen Bundesamtes. Demnach reicht die staatliche Berufsausbildungsförderung (BAföG) hinten und vorne nicht aus, um halbwegs über die Runden zu kommen. Viele Studenten mit eigener Haushaltsführung bleiben von ihren Eltern abhängig. Angesichts der explodierenden Mieten sowie der gestiegenen Heiz- und Stromkosten in Deutschland kann davon allein schwerlich eine Wohnung oder auch nur ein Zimmer finanziert werden. Schließlich muss es auch noch fürs Essen, den Nahverkehr und diverse Semestergebühren reichen. So gaben Studenten im letzten Jahr im Schnitt über die Hälfte ihres Salärs allein fürs Wohnen aus.

Durchschnittlich ein Drittel ihres Einkommens beziehen Studenten demzufolge aus Unterhaltsleistungen von ihren Eltern, rund 41 Prozent aus zusätzlicher Erwerbstätigkeit in Form von Nebenjobs, aber nur 15 Prozent aus den BAföG-Leistungen. Für fast die Hälfte aller Studenten bleiben letztlich die Eltern die wichtigste Einkommensquelle, so das Amt.

Pech für jene, die aus der Arbeiterklasse stammen: Sie müssen sich mit magerem BAföG, das sie später teilweise zurückzahlen müssen, und Nebenjobs über Wasser halten. Jeder dritte Student verdiente sein Geld überwiegend selbst, was das Zeitbudget fürs Lernen freilich reduziert und die prekäre Situation verfestigt.



Neben den Preisen für Lebensmittel und Strom sind vor allem die Mieten und Wohnnebenkosten explodiert. Die staatlichen Leistungen halten dabei schon länger nicht mehr mit, die enormen Preissteigerungen haben die Lücke wohl aber dramatisch erhöht. Zwar hebt der Staat die Wohnkostenpauschale für allein lebende Studenten demnächst leicht an. Die Summen geben zu denken: Sie stieg von 360 auf 380 Euro monatlich. Das dürfte in vielen Universitätsstädten nicht einmal für die Kaltmiete für ein WG-Zimmer reichen – so sich denn überhaupt eines finden lässt.

Bildungselite unter sich

Das führt zwangsläufig in eine Richtung: Die Universitäten, die einst die Vertreter der "sozialen Marktwirtschaft" so vollmundig den ärmeren Bevölkerungsteilen zugänglich machten – wenngleich mit einigen Hürden und Tücken –, bleiben zunehmend für Arbeiterkinder wieder verschlossen und der Nachwuchs der Bildungseliten unter sich.

Dass dies nicht ganz unerwünscht sein könnte, darf man vermuten. Wo der persönliche Bezug zur Arbeiterklasse verschwindet, spielen deren Belange immer weniger eine Rolle. Die Slogans von "sozialer Marktwirtschaft" mit "Bildungschancen für alle" sind längst Geschwätz von gestern, das durch häufiges Wiederholen auch nicht mehr wahrer wird. Willkommen im real existierenden "Wertekapitalismus" des Westens, wo Eliten und Untertanen wieder klar definiert sind. H.M.

Ein ziemlich faules Volk

Bundeswirtschaftsministerin Reiche: »Wir Ihr müsst mehr und länger arbeiten

Bundeswirtschaftsministerin Katherina Reiche hat die Bewohner dieses Landes aufgefordert, mehr und länger zu arbeiten. »Der demographische Wandel und die weiter steigende Lebenserwartung machen es unumgänglich: Die Lebensarbeitszeit muss steigen«, sagte die CDU-Politikerin der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* (FAZ). Das freut die Kapitallobby und sorgt anderswo für Unmut. Selbst der sogenannte CDU-Sozialflügel kritisierte Reiche, meldete *dpa*.

Leider verweigerten sich zu viele zu lange der demographischen Realität. »Es kann jedenfalls auf Dauer nicht gutgehen, dass wir nur zwei Drittel unseres Erwachsenenlebens arbeiten und ein Drittel in Rente verbringen«, sagte Reiche. Es gebe viele Beschäftigte in körperlich anstrengenden Berufen, aber auch viele, die länger arbeiten wollten und könnten.

Kurz gesagt: Frau Ministerin hält der erwerbsfähigen Bevölkerung Faulheit vor und verdächtigt, dass Rentner eine Art Sozialschmarotzer seien. Woher hat sie diese Weitsicht? Unternehmen

hätten ihr berichtet, das ihre Beschäftigten am US-Standort 1.800 Stunden pro Jahr arbeiteten, in Deutschland aber nur 1.340 Stunden. Reiches schnelles Fazit: »Im internationalen Vergleich arbeiten die Deutschen im Durchschnitt wenig.« Ähnliche Töne hatten bereits der derzeitige Bundeskanzler und der Generalsekretär ihrer Partei angeschlagen – und dann stimmten alle einer Erhöhung der Militärausgaben von zwei auf fünf Prozent des BIP zu.

Aktuell zahlen »die Deutschen« weltweit mit die höchsten Steuern und Abgaben. Die Staatsquote liegt bei 50 Prozent plus, und zuletzt wurden neue Schulden von mehr als einer Billion Euro auf den Weg gebracht. Seltsam, dass die CDU-Ministerin in der *FAZ* sogar eine der Ursachen dafür nennt, dass Ältere nicht über ihr Rentenalter hinaus schaffen wollen: »Die Kombination aus Lohnnebenkosten, Steuern und Abgaben macht den Faktor Arbeit in Deutschland auf Dauer nicht mehr wettbewerbsfähig«, so Reiche. Und die Lösung soll »mehr und länger arbeiten« sein. jw

75 AUSGABEN FÜR 75 EURO
ODER ONLINE ABO
DREI MONATE FÜR 18 EURO

ANGRIFFE BIS NACH SIBIRIEN

<https://www.jungewelt.de/abo/aktionsabo.php>

uz unserezeit

Viel Geld für die, die viel haben
 Die Gaspreiskrise deckt vor allem Preise für Konzerne, zahlen sollen wir

Gefahr unkontrollierter Eskalation verhindern
 Russland hat kein Interesse an einem direkten Zusammenstoß mit USA und NATO und ist gestoppt

Das ist die Woche

Dass Du dich weiter bewegen willst, wirst Du doch einstellen

6 Wochen die UZ kostenlos probelesen
<https://abo.unsere-zeit.de/6-wochen-uz-probeabo>